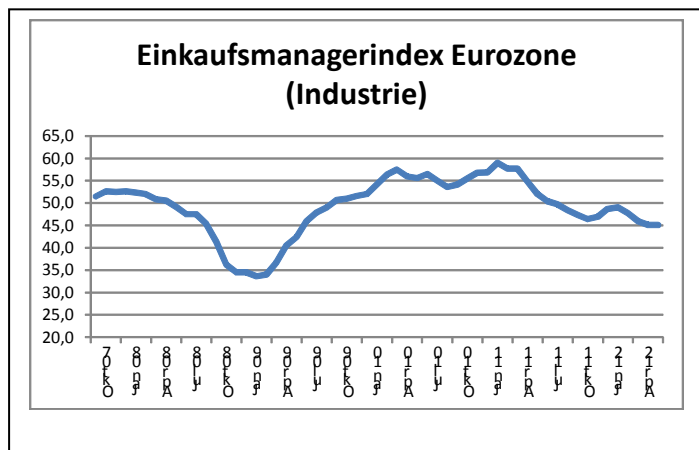


Eurozonen-Einkaufsmanagerindex:

Schlechtestes Quartal seit drei Jahren

Der in der vergangenen Woche vom Londoner Markit Institut veröffentlichte finale Industrie-Einkaufsmanagerindex im Juni zeichnet ein düsteres Bild für die weitere konjunkturelle Entwicklung in der Eurozone. Zwar hat sich der Index mit 45,1 Punkten gegenüber Mai zumindest nicht weiter verschlechtert und liegt sogar 0,3 Punkte über der Schnellschätzung. Trotzdem ist das 2. Quartal mit einem Durchschnitt von 45,4 Punkten so schlecht ausgefallen, wie zuletzt vor drei Jahren. Gravierende Produktions- und Auftragsrückgänge zogen dabei den stärksten Jobabbau seit Januar 2010 nach sich.



Positive Vorzeichen für die weitere Entwicklung gibt es eigentlich nur noch in Irland. Dort stieg der Einkaufsmanagerindex mit 53,1 Punkten auf ein 14-Monatshoch. Österreich liegt mit 50,1 Punkten immerhin noch knapp über der Wachstumsmarke von 50. Alle anderen Länder liegen darunter. Während sich die Wachstumseinbußen in den Niederlanden und Frankreich mit 48,9 bzw. 45,2 Punkten etwas verringern, fiel das Schwergewicht Deutschland mit 45,0 Punkten auf ein 3-Jahrestief. Am schlechtesten sieht es mit 40,1 Punkten in Griechenland aus. Aber auch Spanien steht mit 41,1 Punkten nicht viel besser da.

Beim Einkaufsmanagerindex handelt es sich um einen wichtigen monatlich ermittelten Konjunkturindikator, für welchen Einkaufsmanager von rund 3.000 Industrieunternehmen nach der Entwicklung von bestimmten Kenngrößen, wie Auftragslage, Einkaufspreisen und Anzahl der Beschäftigten befragt werden. Der neutrale Wert liegt bei 50. Indexwerte darüber signalisieren somit eine sich verbessernde und Indexwerte darunter eine sich verschlechternde Einschätzung der Geschäftslage. Die Umfrage wird in Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, den Niederlanden, Österreich, Irland und Griechenland durchgeführt. Die Geschäftstätigkeit dieser Länder entspricht rund 90 Prozent der gesamten Eurozone.

Laut dem Markit-Institut sei der vierte Produktionsrückgang in Folge so kräftig ausgefallen, wie selten zuvor in den letzten drei Jahren. Hauptgrund wären die herben Einbußen beim Auftragseingang gewesen. Wegen der globalen Konjunkturabkühlung und der Eurokrise seien

sowohl die Binnen- als auch die Exportnachfrage schwach geblieben. Die Auslandsbestellungen seien so stark zurückgegangen, wie seit November 2011 nicht mehr. Insbesondere in Deutschland seien die Exporte so stark rückläufig, wie zuletzt im November. Angesichts dieser Situation hätten Kosteneinsparungen die Oberhand gewonnen, wodurch die Beschäftigung mit der höchsten Rate seit fast zweieinhalb Jahren abgebaut wurde. Einzig in Irland hätte sich der Beschäftigungslevel erhöht.

Chris Williamson, Chef-Ökonom bei Markit, schätzt die weitere Entwicklung düster ein. Der Eurozonen-Einkaufsmanagerindex deute nicht nur auf eine Schrumpfung des Industriesektors im zweiten Quartal um ca. 1 Prozent hin. Der Index lege auch den Schluss nahe, dass sich der Abwärtstrend im zweiten Halbjahr weiter beschleunigen könne. „Die Unternehmen bereiten sich jedenfalls auf das Schlimmste vor und bauten nicht nur ihre Beschäftigung, sondern auch ihre Vormateriallager so zügig ab, wie seit zweieinhalb Jahren nicht mehr“, kommentierte er das Ergebnis.

Weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit

Das schlechte Ergebnis des Einkaufsmanagerindex steht im Einklang mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Wie die EU-Statistikbehörde Eurostat mitteilte, stieg diese im Mai erneut um 0,1 auf 11,1 Prozent, was einen neuen Rekord für die Eurozone darstellt. Die Arbeitslosenquote liegt damit bereits den 13. Monat in Folge über der Schwelle von zehn Prozent. In Zahlen sind das 17,5 Millionen Menschen. 88.000 mehr als im Vormonat und 1,82 Millionen mehr als im Mai 2011. Für die EU insgesamt stieg die Quote ebenfalls um 0,1 auf 10,3 Prozent.

Die Unterschiede zwischen den Ländern sind dabei erheblich. Österreich hat mit 4,1 Prozent die geringste Quote. Danach folgen die Niederlande mit 5,1 Prozent, Luxemburg mit 5,4 Prozent und Deutschland mit 5,6 Prozent. Am schlimmsten ist die Situation mit 24,6 Prozent in Spanien und mit 21,9 Prozent in Griechenland. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt im Euroraum bei 22,6 Prozent. Auch hier gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern. Während Deutschland gerade einmal 7,9 Prozent Jugendarbeitslose beklagt, liegt die Quote in Griechenland und Spanien bei 52,1 Prozent.

Inmitten der schlechten Arbeitsmarkt-Daten gibt es allerdings auch kleine Lichtblicke. So ist in Italien die Arbeitslosenquote erstmals seit 1,5 Jahren leicht um 0,1 auf 10,1 Prozent gesunken. Und auch in Spanien ist die Zahl der Arbeitslosen im Monatsvergleich um 98.853 Personen zurückgegangen. Zwar ist dort wegen dem Beginn der Tourismus-Saison eine Besserung zu dieser Jahreszeit nicht ungewöhnlich. Der Wert fiel aber rund doppelt so hoch aus, wie von Ökonomen erwartet, und ist der höchste monatliche Rückgang seit Beginn der Erhebung.

EZB senkt Leitzinsen auf Rekordtief

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat bei ihrer geldpolitischen Sitzung in der vergangenen Woche die Leitzinsen um 25 Basispunkte auf 0,75 Prozent gesenkt. Das ist der tiefste Stand seit Bestehen der Eurozone. EZB-Präsident Mario Draghi begründete die Entscheidung mit den gestiegenen Risiken, bei gleichzeitig ausgeglichenen Inflationsaussichten. Bis Anfang des kommenden Jahres prognostiziert die Notenbank eine Rückkehr der Teuerung in den Zielbereich von knapp unter zwei Prozent. Die Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche



Entwicklung bleibe extrem hoch. Dies laste auf dem Geschäftsklima und dem Vertrauen der Verbraucher. Zusätzlich würden die Spannungen an den Finanzmärkten die wirtschaftliche Entwicklung behindern. Man sei allerdings noch weit entfernt von der Situation in 2008. Es gebe Anzeichen für eine langsame Erholung, dazu seien die Realzinsen bereits negativ. Man erwarte weiterhin, dass sich die Stimmung im weiteren Jahresverlauf wieder verbessern würde. Die globale Nachfrage werde eine Erholung der Konjunktur in Europa unterstützen.

Draghi betonte, dass die Entscheidung zur Zinssenkung einstimmig gefällt worden sei. Der EZB-Rat wäre sich „in jeder Hinsicht“ einig gewesen und allein dies sei ein Zeichen für die Stärke und Richtigkeit der Entscheidung. Nach Informationen der Financial Times Deutschland soll sich Draghi selbst bei der Ratssitzung allerdings für einen größeren Zinsschritt um 0,5 Prozent ausgesprochen haben, konnte sich aber nicht durchsetzen.

Zusätzlich wurde der Einlagenzins, zu welchem Banken ihr Geld bei der EZB parken können, von 0,25 Prozent auf null Prozent gesenkt. So will man erreichen, dass die Geldinstitute wieder verstärkt untereinander Handel treiben oder ihr Kapital als Kredite vergeben. Ob dies gelingt, wird allerdings von vielen Experten bezweifelt. Die Geldmarktkontaktgruppe der EZB hatte Verantwortlichen bei den Banken in einer kürzlich durchgeführten Umfrage folgende Frage gestellt: „Würden Sie Ihr Verhalten ändern und die Einlagen anbieten, wenn die Einlagenfazilität mit Null oder sogar negativ verzinst wäre?“ Das hatten nur 10 Prozent der Befragten bejaht. 15 Prozent würden dies immerhin „in einigen Fällen“ machen. Die Mehrheit von 75 Prozent antwortete jedoch mit einem klaren „Nein“. Eine Änderung des Verhaltens der Banken dürfte also nur erreicht werden, wenn auch die durch die Eurokrise bedingte Unsicherheit nachlässt.

Auf die Frage, ob der Einlagenzins in Zukunft auch negativ werden könne, sagte Draghi, dass dies im Moment nicht in Betracht gezogen würde. Ausschließen wollte er es aber auch nicht. Ähnlich äußerte er sich bezüglich einer weiteren Senkung des Leitzinses in den kommenden Monaten. Gedämpft wurde die Hoffnung einiger Anleger auf eine neue Liquiditätsspritze an die Banken. Die beiden langfristigen Tender, welche die EZB um die Jahreswende vergeben hatte und im Umfang von mehr als 1 Billion Euro von den Geldinstituten in Anspruch genommen wurden, würden noch Zeit benötigen, um zu wirken. Dies müsse abgewartet werden. Allerdings könne und habe man letztlich ohnehin nur die nötige Liquidität beigesteuert. Dass der Kreditfluss trotzdem schwach bleibe, könne man nicht so einfach verändern. Es gebe dafür drei Gründe: Risikoaversion, Kapitalmangel und Liquiditätsmangel. Nur den dritten Faktor könne die Notenbank beseitigen. Der Rest sei nachfragegetrieben.

Die Märkte zeigten sich nach der EZB-Entscheidung enttäuscht. Die Zinssenkung war überwiegend so erwartet worden. Lediglich von der Senkung des Einlagenzinses waren einige Experten überrascht, obwohl auch darüber im Vorfeld diskutiert wurde. Letztendlich ist man aber überwiegend der Meinung, dass die eingeleiteten Schritte mehr symbolischer Natur seien, als dass sie eine wirkliche Verbesserung der Situation bewirken könnten. Zudem hatten einige Händler offensichtlich doch darauf spekuliert, dass die EZB mit stärkeren Mitteln versuchen würde, die Märkte zu beeindrucken. Doch es gab nicht einmal konkrete Hinweise, dass weitere geldpolitische Lockerungen in den kommenden Monaten anstehen könnten. Die Aktienmärkte verloren anschließend ihre vorher aufgebauten Gewinne komplett, während es für den Euro sogar deutlich nach unten ging.

Auch China senkt erneut die Zinsen

Während die Entscheidung der EZB so erwartet wurde, gab es einige Stunden vorher eine Überraschung. Die People's Bank of China senkte ebenfalls die Zinsen. Für Ausleihungen bis zu einem Jahr ging es um 0,31 Prozent auf jetzt sechs Prozent nach unten. Zinsen für Spareinlagen wurden um 0,25 Prozent auf jetzt drei Prozent gesenkt. Erst Anfang Juni hatte man erstmals seit der Lehmann-Pleite in 2008 beide Zinssätze um 0,25 Prozent gesenkt. Ökonomen zeigten sich zwar weniger von der Entscheidung selbst überrascht, dafür aber vom Zeitpunkt. Man hatte erwartet, dass die Notenbank zunächst die Wirkung des letzten Schrittes etwas länger abwarten wird. Grund für die Lockerung der Geldpolitik ist die Abkühlung des Wachstums. Im ersten Quartal des Jahres wuchs die chinesische Konjunktur nur um 8,1 Prozent. Das ist der tiefste Stand seit fast drei Jahren gewesen. Für das zweite Quartal prognostiziert man einen weiteren Rückgang auf unter acht Prozent. Das Ergebnis wird am kommenden Freitag veröffentlicht.

EUR/USD

EUR/USD fällt auf neues Jahrestief

Vor einer Woche konnte der Euro gegenüber dem Dollar nach den Beschlüssen des EU-Gipfels stark zulegen und von unter 1,24 bis fast 1,27 steigen. Doch schon am vergangenen Montag endete die Euphorie. Man machte sich bewusst, dass die Probleme keineswegs gelöst sind und EUR/USD fiel in der Folge wieder unter 1,26. Anschließend war zunächst wenig Bewegung zu sehen, bis der Euro dann ab Donnerstag durch die Ergebnisse der EZB-Sitzung und enttäuschende US-Arbeitsmarktdaten am folgenden Freitag regelrecht abstürzte. Dabei bildete das Paar ein neues Jahrestief bei 1,2258 und schließt zum Wochenende nur leicht höher. Mit dem Unterschreiten des Bereichs bei 1,24 und des bisherigen Jahrestiefs bei 1,2286 sind gleich zwei wichtige Unterstützungsbereiche gebrochen worden. Der Weg ist nun frei für eine weitere Abwertung bis 1,215 und 1,1874 (2010-Tief). Da der Kurs schon im überverkauften Bereich ist, könnte es zwar vorher eine leichte Korrektur nach oben geben. Diese dürfte aber nur sehr begrenzt ausfallen. Etwas aufhellen wurde sich das Chartbild dagegen bei einem Anstieg über 1,24. Aber sogar erst über 1,27 könnte man tatsächlich auf einen Trendwechsel hoffen. Das ist aus jetziger Sicht allerdings unwahrscheinlich. Zumindest solange es keine überraschenden neuen Entwicklungen gibt, welche die Gemeinschaftswährung stützen.

Eine Euro-Abwertung ist keineswegs schädlich für die Eurozone. Ganz im Gegenteil erhöhen sich dadurch die Export-Chancen und Gewinn-Margen der Unternehmen. So wird dadurch sogar die schwächelnde Konjunktur gestützt.

Tageschart EUR/USD:



GBP/USD BoE kauft wieder Anleihen

Wie von Ökonomen im Vorfeld erwartet, hat der geldpolitische Rat (MPC) der Bank of England (BoE) bei seiner Sitzung in der vergangenen Woche eine Ausweitung des Anleihenkaufprogramms um 50 Milliarden auf jetzt 375 Milliarden Pfund beschlossen. Auf diesem Weg soll, finanziert über die Notenpresse, frische Liquidität in die Märkte gepumpt werden. Die BoE läutet damit bereits die dritte Runde von Anleihenkäufen ein, welche vier Monate dauern soll. Die zweite Runde hatte erst vor rund acht Wochen geendet. Man reagiert damit auf die hohen Risiken durch die Eurokrise und die schlechte konjunkturelle Lage in Großbritannien. Die Wirtschaft war im vergangenen Jahr kaum gewachsen und zuletzt sogar rückläufig. Auch für das zweite Quartal wird ein leichter Rückgang befürchtet. Gleichzeitig sinkende Inflationsraten gaben der Notenbank Spielraum für die neue geldpolitische Lockerung. Im Mai fiel die Teuerung mit einer Rate von 2,8 Prozent auf den niedrigsten Stand seit zwei Jahren. In den kommenden Monaten wird ein weiterer Rückgang prognostiziert. Bereits seit Juli 2010 bewegt sich **GBP/USD** seitwärts in einer breiten Spanne zwischen 1,6746 und einem Tief bei 1,5234, welches Mitte Januar dieses Jahres erreicht wurde. Von dort konnte der Pfund Anfang des Jahres zunächst deutlich steigen. Nach einem Hoch bei 1,63, ging es ab Mai aber wieder steil nach unten. Am 1. Juni lag das Paar bei 1,5264 und somit nicht mehr weit vom Januar-Tief entfernt. Danach konnte sich der Kurs erneut erholen. In den vergangenen beiden Wochen scheiterte das Paar zweimal an der wichtigen 200-Tageslinie, welche aktuell bei ungefähr 1,5748 liegt. Das Hoch lag am Anfang der vergangenen Woche zunächst bei 1,5722. Von dort verlor der Sterling im weiteren Wochenverlauf aber massiv und fiel am Freitag unter die wichtige Unterstützung im Bereich von 1,5482/1,547. Die Situation hat sich für das britische Pfund dadurch eingetrübt und ein baldiger Test des Januar-Tiefs bei 1,5234 ist wahrscheinlich. Darunter würden dann sogar weitere Abgaben bis 1,48 und 1,423 drohen. Nur bei einem Anstieg über 1,5722 und die leicht darüber liegende 200-Tageslinie wäre das Chartbild wieder bullish für den Pfund zu werten. In diesem Fall dürfte die breite Seitwärts-Range weiter Bestand haben und die nächsten Ziele liegen bei 1,5842; 1,60 und 1,64.

Tageschart GBP/USD:



EUR/CHF

SNB muss auch im Juni massiv intervenieren

Die Flucht der Anleger in den „sicheren Hafen“ Schweizer Franken hält weiter an. Zur Verteidigung des Mindestkurses bei 1,20 von EUR/CHF musste die Schweizerische Nationalbank (SNB) daher auch im Juni massiv im Markt intervenieren, wie aus den am Freitag veröffentlichten Fremdwährungsreserven hervorgeht. Diese stiegen im Juni um 59 Milliarden auf jetzt 365 Milliarden Franken. Das entspricht rund 62 Prozent des Schweizer Bruttonationalproduktes. Schon im Mai waren die Fremdwährungsreserven um 68,4 Milliarden Franken gestiegen. Trotz des neuerlichen Anstiegs betonte der SNB-Präsident Thomas Jordan erst vor einigen Tagen in einem Interview, dass die SNB den Mindestkurs weiterhin mit aller Konsequenz durchsetzen werde. Die Risiken, die sich mit der Ausweitung der Geldmenge etwa auf die Bilanz der SNB ergäben, gelte es zu akzeptieren und könnten von der Notenbank getragen werden. Er sehe „auf absehbare Zeit“ keine Alternative zum Mindestkurs. Inflationsgefahren wären in den nächsten Jahren kein Thema. Trotz der sehr starken Ausweitung der Geldmenge, hätte die Schweiz tiefere Preise als vor einem Jahr, sagte er. „Im Gegenteil: wir müssen den Mindestkurs durchsetzen, um eine deflationäre Entwicklung zu verhindern.“

EUR/CHF reagierte auf die Bekanntgabe der Mindestreserven nicht. Nach den Beschlüssen des EU-Gipfels konnte der Kurs vor einer Woche kurzfristig bis 1,2038 steigen. Das war immerhin der höchste Kurs seit dem 24. Mai. Doch in der vergangenen Woche pendelte sich das Paar schnell wieder auf dem gewohnten Kurs von ungefähr 1,201 ein. Bewegung gibt es keine. Nur ein Anstieg über 1,2075 würde die Situation etwas aufhellen. Wobei sogar erst über 1,215 ein nachhaltigerer Anstieg bis 1,225 und 1,25 zu erwarten wäre. Eine Bewegung nach unten ist dagegen weiter durch den Mindestkurs blockiert. Die jetzigen Kurse bleiben daher auch Einstiegskurse für langfristige Long-Positionen. Man sollte sich aber bewusst sein, dass man gegebenenfalls einen sehr langen Atem benötigt.



USD/JPY

Wirtschaftliche Situation in Japan verbessert sich

Die japanische Wirtschaft erholt sich langsam von der schweren Erdbeben- und Atomkatastrophe, wie aus dem in der vergangenen Woche von der Bank of Japan (BoJ) veröffentlichten Tankan-Index zum Geschäftsklima hervorgeht. Im zweiten Quartal des Jahres ist dieser von zuvor minus 4 auf jetzt minus 1 Punkt gestiegen. Das ist der erste Anstieg seit 9 Monaten. Ökonomen hatten im Vorfeld einen stagnierenden Wert erwartet.

Obwohl das Ergebnis immer noch negativ ist, lohnt sich ein Blick auf die genauen Ergebnisse. Die Geschäftserwartungen liegen nämlich mit plus 1 (vorher minus 3) bereits im positiven Bereich. Zudem werden um 6,2 Prozent erhöhte Investitionen geplant. Im ersten Quartal lag dieser Wert nur bei 2,6 Prozent. Insbesondere im Dienstleistungsbereich sieht es positiv aus. Dieser Indikator stieg bereits das vierte Mal in Folge auf nun 8 Punkte. Das ist ein 4-Jahreshoch. Die BoJ erwartet, dass sich die positive Entwicklung fortsetzen und der Tankan-Index im 3.Quartal mit plus 1 auch insgesamt in den positiven Bereich zurückkehren wird.

Der Tankan-Index gilt als wichtiger japanischer Konjunkturbarometer. Für den von der Notenbank quartalsweise erarbeiteten Bericht werden rund 1.200 große Industrieunternehmen nach den Lagerbeständen, Zwischengewinnen, Investitionsplänen und Gewinnaussichten befragt. Das Ergebnis spiegelt das Verhältnis zwischen optimistischen und pessimistischen Einschätzungen wieder. Negative Werte deuten auf eine Abschwächung der Konjunktur hin, während positive für eine sich verbessernde Situation sprechen.

Die sich verbessernden wirtschaftlichen Aussichten verringern den Druck auf die Notenbank bei **ihrer geldpolitischen Sitzung in der kommenden Woche** die Geldpolitik weiter zu lockern. Ökonomen haben dazu allerdings unterschiedliche Ansichten. Während einige der Meinung sind, dass die BoJ zunächst eine abwartende Haltung einnehmen wird, gehen andere Ökonomen von einer Ausweitung der Anleihenkäufe aus, damit das Inflationsziel von einem Prozent erreicht werden kann

Charttechnik: kurzfristige Entwicklung weiter unklar

Insgesamt befindet sich USD/JPY bereits seit Juni 2007 in einer langsamen, aber kontinuierlichen, Abwärts-Bewegung, welche den Kurs von über 124 bis zu einem Rekord-Tief bei 75,54 im Oktober letzten Jahres geführt hat. Einen weiteren Kursrutsch hatte Japan dann durch mehrere Interventionen verhindert. Im Februar und März gelang überraschend ein steiler Anstieg von 76 bis 84,17. Seitdem ging es aber wieder nach unten und das Paar fiel am 1. Juni bis 77,62. Anfang Juni korrigierte der Kurs erneut nach oben, wobei der Dollar bis rund 80,60 steigen konnte. Seitdem ist nur noch sehr wenig Bewegung zu sehen. USD/JPY befindet sich zwischen zwei wichtigen Kurs-

Bereichen, welche die weitere Entwicklung bestimmen könnten. Sollte ein Anstieg über 80,61 gelingen, würde sich das Chartbild aufhellen und für weiter bis zunächst 81,86 und 84,17 steigende Kurse sprechen. Schon ein Anstieg über das Hoch der letzten Woche bei 80,10 wäre ein Indiz für einen anschließenden Test des Widerstandes bei 80,61. Sollte es dagegen nun wieder nach unten gehen, rückt die Unterstützung bei 78,57 in den Fokus. Denn darunter müsste von einer deutlichen weiteren Abwertung bis 77,62 und dann zum Rekordtief bei 75,54 ausgegangen werden.

Tageschart

USD/JPY:



EUR/JPY

Vor der Finanzkrise 2008 notierte EUR/JPY noch bei fast 170. Seitdem geht es kontinuierlich nach unten. Am 16. Januar diesen Jahres lag der Kurs mit 97,0 bereits einmal auf einem 11-Jahrestief. Anschließend gab es aber eine deutliche Gegenbewegung, welche im März bei 110 endete. Von dort drehte der Euro erneut nach unten und fiel am 1. Juni mit 95,96 auf den tiefsten Stand seit November 2000. Auf diesem Niveau deutlich überverkauft, korrigierte das Paar zwar kurzfristig wieder nach oben. In der vergangenen Woche kam es dann aber zu einem neuen Absturz der Gemeinschaftswährung. Das Paar fiel von über 101 im Wochenverlauf bis zu einem Tief bei 97,59 und somit auf den tiefsten Stand seit Anfang Juni. Die nächste wichtige Unterstützung findet sich nun erst bei 95,96 (11-Jahrestief vom 1. Juni). Mittel- und langfristig drohen sogar noch stärkerer Abgaben bis 95 und dann 88,94 (Tief aus dem Jahr 2000).

Aufhellen würde sich die charttechnische Situation nur bei einer Rückkehr über 102. Dann könnte eine deutlichere Korrektur nach oben in Richtung 108 und 112 erfolgen. Langfristig wäre aber sogar erst über 112 von einem steigenden Euro auszugehen.

Tageschart EUR/JPY:



Wichtige Termine in der kommenden Woche

Die kommende Woche ist aus terminlicher Sicht insgesamt betrachtet eher ruhig. Dennoch stehen einige wichtige Termine an, welche beachtet werden sollten. Insbesondere werden eine ganze Reihe Daten in China bekannt gegeben, welche Aufschluss über die dortige konjunkturelle Entwicklung geben. Besonders im Interesse stehen dabei die Verbraucherpreise **am Montag um 3:30 Uhr**, die Handelsbilanz **in der Nacht zu Dienstag** und das Bruttonationalprodukt (BIP) **am Freitag um 4:00 Uhr**. China gilt als Wachstumstreiber für die Weltwirtschaft. Zuletzt deuteten mehrere Indikatoren aber auf einen sich verlangsamende Geschwindigkeit des Wachstums hin, wodurch sich auch insgesamt die Weltwirtschaft eintrüben könnte. Im ersten Quartal des Jahres fiel das BIP mit 8,1 Prozent auf den tiefsten Stand seit fast drei Jahren. Für das zweite Quartal wird nun ein weiterer

Rückgang auf 7,9 Prozent befürchtet. Die Notenbank hatte in der vergangenen Woche mit der zweiten Zinssenkung innerhalb von einem Monat auf die Entwicklung reagiert.

Am Montag findet ab 14:30 Uhr eine Anhörung des EZB-Vorsitzenden Mario Draghi vor dem Europäischen Parlament in Brüssel statt. Öffentliche Auftritte Draghis können grundsätzlich immer zu größeren Bewegungen in den Märkten führen, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass es Hinweise zur zukünftigen Geldpolitik gibt.

Am Mittwoch um 20:00 Uhr wird das Protokoll der letzten Sitzung des Federal Open Market Committee (FOMC) veröffentlicht. Der geldpolitische Ausschuss der amerikanischen Notenbank (Fed) hatte vor rund zwei Wochen die sogenannte „Operation Twist“ bis Ende des Jahres verlängert. Im Rahmen dieses Programmes werden im Bestand der Notenbank befindliche Wertpapiere mit kurzfristiger Laufzeit verkauft und gleichzeitig welche mit langfristigen Laufzeiten gekauft. Durch diese Umschichtung sollen die langfristigen Zinsen gesenkt werden. Die Hoffnung auf ein neues „Quantitative Easing“, also dem Ankauf neuer Anleihen finanziert über die Druckerpresse, erfüllte sich dagegen nicht. Das Fed hält sich diese Option zwar ausdrücklich offen, möchte aber zunächst die weitere Entwicklung abwarten. Im Sitzungsprotokoll werden das genaue Abstimmungsverhalten und die persönlichen Ansichten der FOMC-Mitglieder ersichtlich. Darüber kann man die die weitere Geldpolitik besser abschätzen, wodurch entsprechende Marktbewegungen entstehen können. Allerdings sind größere Überraschungen eher unwahrscheinlich, da nach der FOMC-Sitzung eine Pressekonferenz stattfand, bei welcher der Fed-Vorsitzende Bernanke bereits über die Sitzung berichtet und die Entscheidungen begründet hatte.

Insgesamt werden für die USA auch wichtige konjunkturelle Daten bekannt gegeben. Insbesondere ist dies die Handelsbilanz **am Mittwoch um 14:30 Uhr**, die neuen Anträge auf Arbeitslosenhilfe aus der Vorwoche **am Donnerstag um 14:30 Uhr**, die Erzeugerpreise **am Freitag um 14:30 Uhr** und die von der Universität Michigan ermittelte Verbraucherstimmung (**ebenfalls Freitag, 15:55 Uhr**).

Bezüglich der Eurokrise wird man in der kommenden Woche auf die Entwicklung der Anleihen-Renditen der Peripherieländer achten. Am Donnerstag und Freitag finden Auktionen von Italien statt. Besonders der Freitag steht im Fokus, da dann längerfristige Bonds mit einer Laufzeit von fünf Jahren platziert werden. Von Interesse sind zum einen natürlich die Höhe der Zinsen, welche Italien akzeptieren muss. Auf dem Sekundärmarkt hatte sich die Situation für das Land nach dem EU-Gipfel nur kurz entspannt. Am Ende der letzten Woche zogen die Renditen wieder deutlich an. Besonders wichtig ist aber insbesondere auch die Nachfrage. Sollte diese hoch bleiben (wie bisher), würde dies grundsätzlich noch vorhandenes Vertrauen der Investoren demonstrieren.

In der Nacht zu Donnerstag wird die Bank of Japan (BoJ) ihr Sitzungsergebnis bekannt geben. Interessant wird dabei vor allem die Frage werden, ob die Zentralbank diesmal ihr Anleihenkaufprogramm erweitert. Dies hatte schon im Vorfeld der letzten Sitzung vor rund einem Monat unter anderem der Internationale Währungsfond (IWF) gefordert. Damals hatte die BoJ aber noch abgewartet.

Ihr MAVEST TEAM

KONTAKT

MAVEST GmbH
Churerstrasse 35
CH-9470 Buchs SG
FON: ++41 81 511 01 81
FAX: ++41 81 750 50 31
Handelsregister: CH-320.4.068.620-6
www.mavest.ch

DISCLAIMER

Wichtig ist uns: Auf keinen Fall sollten Leser aus unseren Bemerkungen und aus den manchmal etwas launigen Kommentierungen Rückschlüsse auf unsere gemachten und schon gar nicht auf künftige Handelsentscheidungen von MAVEST ableiten. Für uns gilt: Der Markt zeigt uns die Richtung. Bis dahin sind wir schwebend unentschieden. Selbstverständlich sollte niemand sich durch diesen Kommentar oder andere Hinweise auf unserer Homepage aufgefordert fühlen, auf den Kapitalmärkten aktiv zu werden. MAVEST lehnt jegliche Verantwortung für etwaige Kapitalverluste von Lesern dieser Kommentare ausdrücklich ab. Zu unserem Grundverständnis gehört es, dass Engagements an den Kapitalmärkten immer durch freie Investoren auf eigenes Risiko erfolgen sollten.